

# Laibacher Zeitung.

Nr. 131.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 9. Juni

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 2mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. Mai d. J. den Baurath Joseph Freiherrn Wegel v. Carben zum Oberbaurathe in Böhmen allergnädigst zu ernennen geruht.

Giskra m. p.

Der Minister des Innern hat den Obergeringieur Wenzel Plasek zum Baurathe für den Staatsbaudienst in Böhmen ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Finanzfrage im Abgeordnetenhaus.

Wien, 7. Juni.

Der Kampf, dessen Schauplatz in den letzten Tagen das Abgeordnetenhaus war, hat eine so hervorragende Bedeutung in der Finanzgeschichte Oesterreichs, daß es wohl von einigem Interesse sein dürfte, wenn wir auf denselben zurückkommen.

Die Frage, um die es sich handelt, war keine einfache Zifferfrage, nicht um 20 oder 25 pCt. Abzug handelt es sich, sondern darum, ob Oesterreich denjenigen Theil der Lasten, welchen es nicht mehr zu tragen vermag, einfach den Staatsgläubigern abziehen soll, oder ob es von seinem Steuerrechte Gebrauch machen und alle Steuern, darunter auch die Couponsteuer, auf jene Höhe bringen soll, die es zur Deckung seines Deficits nothwendig hat.

Dabei mußte noch im Auge behalten werden, daß selbst eine solche Steuererhöhung, soll sie nicht eine Maßregel der Willkür sein, bei dem Coupon nicht weiter gehen dürfte, als bis zu jener Ziffer, um welche Ungarn seinen Antheil an der Staatsschuld zu gering berechnet hat, denn für den Rest waren die cisleithanischen Länder den Staatsgläubigern unter allen Umständen verpflichtet.

Die Ausschussmajorität hatte von all diesen Bedenken Umgang genommen und schlug dem Hause einfach vor, dem Staatsgläubiger 25 pCt. vom Coupon zu nehmen und dies mit der finanziellen Nothlage des Staates zu motiviren. Wenn man diesen Antrag mit der Bezeichnung „Bankrott“ beehrte, so that man demselben gewiß kein Unrecht, denn eine theilweise Einschränkung der Zahlungen ohne vorhergehende gründliche Revision der Staatsbilanz und ohne vorhergegangene Einschränkung der Staatsausgaben auf das dringendste Bedürfnis wäre nicht nur ein Bankrott, sondern sogar ein leichtsinniger Bankrott gewesen.

Es ist eine unser Abgeordnetenhaus nur sehr ehrende Thatsache, daß von 159 anwesenden Abgeordneten nur 46 für diesen kühnen Griff in fremdes Eigenthum sich erklärten.

Die Ausschussminorität welche eine 20perc. Besteuerung der Coupons vorschlug, näherte sich dadurch, daß sie die Reduction perhorrescirte und nur der „höheren Besteuerung“ das Wort redete, dem rechtlichen Gedanken der Regierung, aber auch ihr Antrag war so stylisirt, daß die Annahme desselben unmöglich war.

Sie nannte diese Couponsteuer eine „fixe und unwandelbare“ und hob damit das Princip der Besteuerung selbst auf; denn es ist eben das charakteristische Merkmal einer jeden Steuer, namentlich aber im constitutionellen Staate, daß sie der Veränderung unterliegt, und es ist eine der vorzüglichsten Errungenschaften unseres verfassungsmäßigen Lebens, daß eben der Reichsrath die Steuern alljährlich zu bewilligen, somit die Höhe derselben zu bestimmen hat.

Die Redner für die Ausschussmajorität hatten so Unrecht nicht, wenn sie behaupteten, der Unterschied zwischen den beiden Anträgen liege nur in der Ziffer, denn die „fixe unabänderliche Steuer“ sei eben auch nichts anderes, als eine Reduction. In der von der Ausschussminorität beliebten Fassung wäre ihr Antrag also auch nicht annehmbar gewesen.

Diesem Dilemma machte der Antrag des Abgeordneten der Prager Handelskammer Josef Lippmann ein Ende. Mit dem feinen Verständnisse für kaufmännische Ehrenhaftigkeit stilisirte er den § 1 des Conversionsgesetzes so, daß nicht nur der Rechtsstandpunkt und das Princip der Besteuerung gewahrt, sondern auch die Möglichkeit ausgeschlossen wird, die Couponsteuer weiter zu erhöhen. Er eliminirte die Worte „fix und

unabänderlich“ und wahrte so dem Reichsrathe sein Steuerbewilligungsrecht dem Coupon gegenüber, indem er ihn in die Möglichkeit versetzte, die Couponsteuer wieder nach Möglichkeit herabzusetzen. Durch die Festsetzung der beschlossenen Couponsteuer als zulässiges und gerechtfertigtes Maximum gab er aber auch den Staatsgläubigern die Sicherheit, daß die Couponsteuer keine weitere Erhöhung erfahren werde, als die eben vollzogene, welche in der Theilung des Reiches ihren Ursprung und ihre Begründung hat.

Das Abgeordnetenhaus schloß sich diesem Antrage um so freudiger an, als es mit richtigem Tacte erkannte, daß der Lippmann'sche Antrag die glücklichste Vermittlung zwischen der staatlichen Nothwendigkeit und dem Rechte der Staatsgläubiger sei, und auch die Staatsgläubiger, deren Gedanken im Curszettel den prägnantesten Ausdruck finden, zeigten ihre Anerkennung durch eine Haufe auf der gestrigen Abendbörse.

### Die neue Handelspolitik und die Handelsverträge.

II.

Wenn es richtig, daß gerade arme und ungebildete Staaten und Völker nach wirtschaftlichem Gemeinleben, nach Theilung der Arbeit und Austausch der Producte, nach Verkehrsfreiheit mit einem Worte, streben sollten, weil dadurch Kräfte erspart werden, also der Ertrag der Arbeit erhöht, oder mit anderen Worten der Wohlstand vermehrt und in Folge davon auch die Bildung gehoben wird, dann ist es um so auffallender, daß die Handelspolitik Oesterreichs bis in die neueste Zeit den entgegengesetzten Weg einschlug.

Nur Rußland ist unter den Großmächten Europa's noch ungebildeter, noch ärmer als wir, und nur Rußland übertraf bisher Oesterreich in dem Systeme sich zu isoliren.

Sind wir denn wirklich so arm und ungebildet? Hat man nicht immer gesagt, daß Oesterreich reichere Quellen des Wohlstandes und der Bildung besäße, als irgend ein anderes Land Europa's? Waren das nur leere Behauptungen, obgleich sie von den bedeutendsten Autoritäten des In- und Auslandes ausgingen?

Oesterreich ist allerdings reicher an materiellen wie geistigen Hilfsquellen als irgend ein anderes Land Europa's, aber diese Hilfsquellen sind nicht aufgeschlossen, sie fließen höchstens, aber sie fließen nicht und flossen niemals.

Was zunächst die geistigen Hilfsquellen betrifft, so schloß in ganz Europa nur Oesterreich bis in die jüngste Zeit zwei Culturen oder Civilisationen ein, welche sich wunderbar ergänzen, die deutsche und die italienische. Im Gebiete des Wissens, des Forschens, in unermüdlicher vielseitiger Arbeitskraft ist die eine so unübertroffen, wie die andere in künstlerischer Richtung, im Gebiete der Phantasie und idealer Gestaltung, in Genügsamkeit und Sparsamkeit u. s. w.

Kein Staat Europa's hat eine so reiche Abwechslung des Bodens und Klima's, solchen Wechsel von hoch und tief, ist so einfach gegliedert und geologisch so bunt zusammengesetzt als Oesterreich; bietet also so vielseitige Productionsbahnen und so vielseitige Anregungen.

Das alles hat nicht verhindert, daß die Verbreitung der Elementar-Schulkenntnisse noch weit geringer in Oesterreich ist, als selbst in Frankreich, daß der österreichische Buchhandel hinter dem des kleinen Königreiches Sachsen oder Württemberg weit zurücksteht, daß der Bruttoertrag unserer Aecker im Durchschnitt nur  $\frac{1}{3}$  so viel als in Frankreich und nur  $\frac{1}{2}$  so viel als in England beträgt.

An diesem betäubenden Resultate trägt nicht bloß eine irrige Handelspolitik die Schuld, sondern viele Ursachen haben zu dieser Wirkung beigetragen; aber die Irrthümer der Handelspolitik in der Regelung des wirtschaftlichen Lebens haben doch nicht wenig zu verantworten. Daß Oesterreich aber trotz so großer Hilfsquellen hauptsächlich in Folge eigener Fehler so weit hinter dem zurückgeblieben, was es sein und leisten könnte, das ist eine außerordentlich werthvolle Aussicht, denn darauf ruht die Möglichkeit, uns rasch und durch eigene Kraft wieder zu heben.

Was die wirtschaftlichen Irrthümer, namentlich die falsche Grundrichtung unserer Handelspolitik betrifft, welche Isolirung statt Verkehrsfreiheit anstrebte, so theilt Oesterreich darin nur einen allgemeinen Irrthum. Die

Geschichte des wirtschaftlichen Lebens ist eine Geschichte der menschlichen Irrthümer. Wundern wir uns nicht darüber, sondern erinnern wir uns daran, daß der Erfinder der Locomotive, der geniale Stephenson, sich unendlich mühte, die nöthige „Reibung auf den Schienen“ durch allerlei Hilfsmittel künstlich herbeizuführen, während die unvermeidliche dazu vollständig genügt; daß die größten Geister sich über die Bedeutung der Einführung von Eisenbahnen und Locomotiven in das Verkehrsleben so täuschten, daß sie dieselbe um das hundertfache unterschätzten, daß überhaupt die allereinfachsten Wahrheiten meist erst das Endresultat unendlich mühseliger Forschungen sind.

Das Gesetz des Aequivalents der Kräfte, und die Thatsache, daß keine Kraft verschwindet, sondern nur umgebildet werden kann, ist so einfach, daß es jedes Kind begreifen kann, und doch gehört seine so folgenreiche Entdeckung der neuesten Zeit an.

Wie klar ist das Liebig'sche Gesetz über die Erhaltung der Fruchtbarkeit der Felder, denen man zu diesem Zwecke stetig zurückgeben muß, was man ihnen nimmt, und doch ist dieses so einfache Gesetz noch einer unendlichen Zahl von Ackerbauern nicht bekannt.

Aus der einfachsten mathematischen Betrachtung ergeben sich die Vorzüge des Lauggeschosses vor der Angel, und doch hat erst die neueste Zeit dahin geführt, erstere an die Stelle der letzteren zu setzen.

So geht es auch der großen wirtschaftlichen Wahrheit von der Freiheit des Verkehrs, der Theilung der Arbeit aus dem Austausche der Producte; so einfach sie ist, so mühsam und langsam ist ihr Sieg.

Man studire nur die leidenschaftlichen Debatten der jüngsten Zeit über die wirtschaftliche Gesetzgebung im französischen, im österreichischen Reichstage — was wird man finden?

Daß fast ausnahmslos alle Redner sich nur mit den Verhältnissen des Verkaufes der nationalen Production beschäftigen, sich aber um die Verhältnisse des Kaufes, um die der nationalen Consumption so gut wie gar nicht kümmern.

Erst in der letzten Debatte des Pariser „gesetzgebenden Körpers“ bekannte sich Thiers — und zwar sichtlich nur getrieben von dem Verlangen, das Recht der Vertretung auf Controle der Handelsverträge gesetzmäßig zu begründen — zu der einfachen Wahrheit, daß alle Schutzzölle Steuern sind, nur daß sie nicht an den Staat, sondern an den Producenten des geschützten Gegenstandes gezahlt werden.

Erst Freiherr v. Wüllerstorff, der letzte österreichische Reichshandelsminister, vertrat im Reichsrathe die Wahrheit, daß der Freihandel identisch ist mit der Freiheit der Arbeit und daß Schutzzölle somit die Unfreiheit der Arbeit bedeuten.

Es ist nicht im wirtschaftlichen Leben allein, daß der Zweck, dem viele zustreben, ein anderer ist, als das Ziel, das man erreichen zu wollen behauptet, daß, was sich als „Schutz der nationalen Arbeit“ proclamirt, nichts ist, als „die Knechtung der nationalen Arbeit“, daß Selbstsucht die Maske des Gemeinnsinns annimmt, daß Privilegienschutz im Namen der Gerechtigkeit verlangt wird.

Wenn in der Gegenwart die Geister heftiger aufeinanderplagen denn je, sich leidenschaftlicher gegenüber stehen, so ist das nicht, weil der Gegensatz zwischen Wahrheit und Irrthum früher ein geringerer war, sondern weil die Wahrheit jetzt eine größere Bedeutung hat, und zwar ist das Folge der neuen Verkehrsmittel.

Erst durch Eisenbahnen und Dampfmaschinen ist der Austausch der Producte, die Theilung der Arbeit in weiteren Gebieten praktisch möglich geworden, die Verkehrsfreiheit ist mit anderen Worten an die Verkehrsmittel geknüpft.

### 122. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 5. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Fürst Auerberg, Dr. Berger, Dr. Herbst, Dr. Giskra, Dr. Brestel, Graf Taaffe, v. Plener, Potocki und Hasner.

Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 18 Uhr.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Generaldebatte über die Finanzvorlagen.

Die noch eingezeichneten Redner haben zum Generalredner gewählt den Abg. Reichenbauer: Wenn ich



an die Besprechung der Finanzvorlagen gehe, muß ich vor allem die Frage stellen: was wollen wir? Es wäre freilich am bequemsten, dem Beispiele des Sistrungsministeriums zu folgen und einen Steuernachlaß zu decretiren, andererseits die Staatsnoten-Emission zu vermehren. Ich begrüße es mit Freude, daß unser Ministerium daran gegangen ist, mit der Vergangenheit vollständig zu brechen und das Uebel an der Wurzel zu fassen. Unser größtes Uebel ist das große Militärbudget. Seit 1849 sind über 2000 Millionen ausgegeben worden. Redner glaubt, es müsse ein Volksheer geschaffen werden.

Eine weitere Ersparnis müsse nach seiner Meinung in der Vertretung der äußern Angelegenheiten vorgenommen werden.

Wir haben drei Anträge vor uns. Ich muß es erklären, nur in den Regierungsanträgen finde ich Princip, finde ich System und Einheit.

Was die beiden anderen Anträge betrifft, so besteht ein principieller Unterschied zwischen beiden. Die Majorität hebt als Grund ihrer Anträge die Noth hervor. Ist es wahr, daß der Staat nicht mehr Steuern ertragen kann, dann ist es principienlos, bei 25 Procent stehen zu bleiben, und doch noch einen Rest des Deficits durch Steuern decken zu sollen. Es wäre nur ein partieller Bankerott, dem abermals ein Bankerott folgen müßte, und dieses müßte für den Credit Oesterreichs noch viel nachtheiliger sein.

Ganz anders scheinen mir die Anträge der Minorität. Ich habe schon erwähnt, daß weder wir, noch die Ungarn eine rechtliche Verpflichtung haben, die Staatsschulden zu zahlen, und daß nur die Opportunität uns dazu veranlasse, diese Schulden doch anzuerkennen. Wir wollen jedoch nur das zahlen, was auf unsern Theil kommt, und was der andere Theil nicht übernehmen will, sind wir keineswegs verpflichtet zu übernehmen. Das ist unser Standpunkt, weiter dürfen wir nicht gehen. Es wurde als Sentimentalität erklärt, wenn man auf die Witwen und Waisen hinweist. Ich halte dieses nicht für eine Sentimentalität, sondern für eine Pflicht der Gerechtigkeit. Es wurde auch heute gesagt, daß gewisse Länder heute absolut nicht mehr in der Lage seien, mehr Steuern zu zahlen, namentlich wurde Galizien erwähnt, das vor 90 Jahren, ehe es an Oesterreich gelangte, in Blüthe gestanden. Haben wir, die übrigen Länder nicht unter demselben Drucke des Absolutismus gelitten, waren wir da nicht gleichberechtigt?

Wenn ich nun zum Schlußworte gelange, muß ich nochmals erklären, alle Mittel sind zwecklos, wenn Sie nicht die Kraft und den Muth haben, das ganze Armeewesen zu ändern. Die Delegationen haben bloß die Ziffer zu bewilligen, uns steht es zu, die Vertheilung festzustellen, in unserer Hand liegt das Radicalmittel. Wenden wir dieses an, dann wird es uns gelingen, das Vertrauen zu Oesterreich wieder zu erwecken und das Sprichwort zur Wahrheit machen: Oesterreich kann, wenn es will. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Frhr. v. Tinti stellt den Antrag: „Das h. Haus wolle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, allen Einfluß beim Reichsministerium aufzubieten, damit bereits für das Budget des Jahres 1869 bei den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere beim Militärbudget, solche Ersparungen erzielt werden, daß durch dieselben das nach Abzug der Couponsteuer und des Ergebnisses der Unification der Staatsschulden verbleibende Deficit gedeckt werde.“

Der Antrag des Abg. Frhrn. von Tinti wird von der ganzen Linken und dem linken Centrum unterstützt und vom Abg. Kreczecznowicz bekämpft.

Es erhält hierauf das Schlußwort der Berichterstatter der Minorität

Abg. Banhans. Er vertheidigt sich gegen einige Vorwürfe des Abg. Petrino und geht hierauf auf die gegen die Delegationen gemachten Angriffe über. Es sei die Hauptaufgabe gewesen, vor allem eine Verständigung mit den Ungarn anzubahnen, und er hoffe, beide Delegationen werden in Zukunft einträchtig auf Ersparnisse hinwirken.

Es wurde gesagt, daß zwischen der Majorität und Minorität kein Unterschied obwalte. Man vergaß immer den Unterschied zwischen den Begriffen.

Wenn England sein Steuerrecht ausübte, hat niemand von Bankerott gesprochen. Nur in der Reduction liege der Bankerott. Der Unterschied zwischen Majorität und Minorität liegt nicht in der Ziffer, er liegt im Principe. Die Ziffer deutet diesen principiellen Unterschied nur an, diese aber ist von der Minorität an die äußerste Grenze gestellt worden.

Weiter kann nicht gegangen werden, wenn man gerechtfertigt dastehen will. Nur weil unsere Steuerkräfte nicht mehr hinreichen, sind wir in der traurigen Lage, zur Deckung jenes Theiles, den Ungarn nicht übernehmen wollte, die Staatsgläubiger herbeizuziehen. Wenn die Majorität in der Ziffer nicht einen gar so großen Unterschied findet, warum geht sie nicht auf unseren Antrag ein? Will man eine bessere Stylisirung des Antrages der Minorität, so erklärt Redner, würde er gerne einer solchen Verbesserung, wenn nur das Princip und die Ziffer aufrecht erhalten wird, zustimmen. Aber das müssen wir offen erklären, daß wir nicht reduciren wollen, sondern, daß wir von dem unangefochtenen Rechte des Staates, von dem Steuerrechte Gebrauch machen, und daß wir die Staatsgläubiger nicht mehr heran-

ziehen wollen, als eben nothwendig ist, und daß diese Nothwendigkeit wesentlich durch den Ausgleich mit Ungarn herbeigeführt worden ist.

Redner vertheidigt nun weiter die Couponsteuer, wie sie die Minorität beantragt, und fährt fort: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß, wenn Sie die Anträge der Majorität annehmen, Sie den Credit nicht nur des Staates, sondern auch seiner einzelnen Bewohner vernichten: Oesterreich ist ein an Producten reiches aber an Capital armes Reich. Verschleuchen Sie das Capital, dann vernichten Sie die Production Oesterreichs. Dieses bitte ich zu berücksichtigen und für die Anträge der Minorität zu stimmen. (Bravo.)

Der Berichterstatter der Majorität Abg. Skene ersucht, da er zu erschöpft sei, die Sitzung zu schließen. Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung um 9 Uhr.

Nächste Sitzung: Morgen 9 Uhr Vormittags.

## 123. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 6. Juni.

Auf der Ministerbank sind sämmtliche Minister anwesend.

Die Sitzung wird um 10 Uhr von dem Präsidenten v. Kaiserfeld eröffnet.

Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung wird zur Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Finanzvorlagen geschritten.

Es ergreift das Schlußwort der Berichterstatter der Majorität

Abg. Skene. Er polemisiert gegen die Abgg. Banhans, Sturm und Groß, beschwert sich über die Angriffe der Blätter und geht dann zu einer Kritik des Minoritätsberichtes über. Die Minorität bietet nichts, als die Aufforderung an die Regierung, das Volk mit neuen Steuern zu beglücken. Ich glaube, das sogenannte Gutachten der Minorität hätte im eigenen Interesse der Minorität lieber entfallen sollen, denn es enthält geradezu Widersprüche und Unrichtigkeiten. Der Herr Berichterstatter wollte Principien entdecken, hat sie aber in Wahrheit nicht entdeckt. Es sind nicht Principien, es sind einfach Rechtfertigungsgründe, die er anführt.

Als erstes Princip wird der Satz aufgestellt: der Coupon sei dem Steuerrechte des Staates verfallen.

Aber ich frage Sie, hat der Staat das Recht, seine Gläubiger zu besteuern? Man verweist uns auf England. Nun, das kann für uns nicht maßgebend sein. Wenn es nur eine Steuer ist, die man hier den Gläubigern auferlegt, wer gibt ihnen dann die Sicherheit, daß sie später nicht abermals besteuert werden?

Die Majorität habe das Princip adoptirt, dem Volke nicht mehr aufzubürden, als es tragen kann, und endlich einmal vollständig Ordnung zu machen. Der Redner schließt: Ich verkenne nicht, daß die Lage der Regierung eine schwierige sei und daß wir ihr Wege ebnen müssen. Allein wir dürfen ihr nicht die Hand bieten zur Durchführung von Maßregeln, welche nicht durchführbar sind, oder die, wenn sie auch momentan durchgeführt würden, zum Sturze der Regierung führen müßten. Ich gebe mich daher der Hoffnung hin, daß das Haus die Anträge der Majorität bezüglich der Ziffer acceptiren werde, um so mehr, da der Unterschied 5½ Millionen beträgt.

Exc. Dr. Berger: Die wiederholten Angriffe des Herrn Berichterstatters auf die Presseleitung scheinen Motiven der Zärtlichkeit zu entspringen, da er immer von Unterstützung der Regierung sprach. Dem gegenüber könnte die Regierung ausrufen: Gott bewahre mich vor meinen Freunden! Daß ich auf persönliche Angriffe, Verleumdungen und Lügen nicht eingehe, habe ich bewiesen, wenn ich heute spreche, geschieht es wegen der sachlichen Vorwürfe.

Der Berichterstatter sagte, daß in Regierungsblättern dem hohen Hause mit Auflösung gedroht worden sei. Ich stelle dies in Abrede, da dies von unabhängigen Blättern geschah.

Der Berichterstatter sagte, daß die Regierung Audienzen im Hause einigen Journalen gebe; was mich betrifft, könnte ich immer mein Alibi nachweisen.

Wenn ich aber nicht in der Weise antwortete, wie der Berichterstatter sprach, so gestehe ich, daß wir zu Knigge's bekanntem Werke in conträrem Gegensatz stehen. Schließlich bemerke ich, daß sich die Regierung in mancher Beziehung der Presse gefällig bezeugen muß, in Betracht des etwas niedrigen Dispositionsfondes.

Exc. Dr. Brestel: Der Standpunkt, den die Regierung in der Frage einnahm, war der, daß nach dem Ausgleich mit Ungarn das Wesen der Staatsschuld klar gestellt werden mußte. Auf den Gedanken neuer Anleihen mußte man vollends verzichten. Bei allen Anträgen ist die Regierung gerade nach den Principien vorgegangen, die sich bei der Frage des ungarischen Ausgleiches als Ansicht der Majorität geltend machten. Man erinnere sich nur an den Antrag des Abgeordneten Dr. v. Berger, es wurde damals ausgesprochen, daß durch den Ausgleich mit Ungarn keine neuen Verpflichtungen übernommen werden. Der Beschluß des Hauses war also, daß, wenn die Ungarn den ihnen zukommenden Theil nicht zahlen, der Ueberrest von der

diesseitigen Reichshälfte nicht bezahlt werde, das betrug 12 Millionen, und darum glaubte die Regierung, daß diese 12 Millionen von der diesseitigen Hälfte nicht getragen werden sollen. Jede übrige Rechtsverbindlichkeit muß vollends aufrecht erhalten und durch Steuern beglichen werden. Durch den Dualismus konnte an der Verbindlichkeit, die wir an den Gläubigern haben, nichts geändert werden, nur mit dem von Ungarn weniger Gezahlten verhält es sich anders. Auf Präcedenzen läßt sich hier nicht berufen, der Fall steht einzeln in der Geschichte.

Die Regierung war weiter der Ansicht, die wirklichen Verbindlichkeiten zu erfüllen, es muß daher die Regierung die Reduction zurückweisen.

Wird der Antrag der Regierung angenommen, dann ist zugleich ein Rechtsprincip gewonnen, nimmt man die Argumente der Majorität an: Noth, Unmöglichkeit, so sind das Thatsachen, die sich immer wiederholen können; eine Sicherheit ist den Staatsgläubigern nicht gegeben.

Die Regierung hatte ferner die Convertirung als eine freiwillige Maßregel hingestellt, allein unter Bedingungen, die die Convertirung dem Einzelnen wünschenswerth erscheinen lassen, so daß die große Mehrzahl der Gläubiger die Convertirung angenommen hätte. Sobald man die Ziffer der Regierung geändert, entfällt die freie Convertirung, sie wird dann eine zwangsweise werden müssen. Es fragt sich also, ob man auf Grundlage einer Nothlage das Recht verliessen solle. Die Regierung muß dies entschieden zurückweisen.

Die Minorität kommt der Regierung näher. Was die geringere Leistung Ungarns nach dem Sinne der Minorität betrifft, so ist dies eine Sache der Rechnung, die Annahmen der Minorität bezeichnen aber die äußerste Grenze, über die man nicht mehr hinausgehen darf.

Im Interesse der diesseitigen Länder und des Crediten ersucht daher die Regierung, der Majorität nicht zuzustimmen.

Was die Steuern betrifft, so ist auch die Minorität durch die Ablehnung der Vermögenssteuer und durch die projectirten Steuern sehr verschieden von der Regierung.

Schon das Provisorium für drei Jahre ist ein Vorzug; wird der Antrag angenommen, so erübrigen immer 25 Mill., die zu bedecken sind, und die Regierung wird am Ende des Jahres mit einer schwebenden Schuld von 25 Millionen behaftet sein.

Wird aber nach dem Antrag der Regierung die Vermögenssteuer eingeführt, so wäre die Herstellung des Haushaltes im Staate möglich.

Man hat gegen die Vermögenssteuer principiell Bedenken geltend gemacht. Ist an der Ausführung manches zu tadeln, so ist doch das Princip nicht verwerflich, die Regierung wird Abänderungen niemals entgegentreten. Man sträubte sich gegen die Fiktion, die allerdings eine Opferwilligkeit voraussetzt, welche von der Volksvertretung gelehnet wird. Die Regierung hat überdies die Steuer als eine einmalige Maßregel aufgefaßt, und da mußte die Regierung sich das Factum vor Augen halten, daß die jetzigen Steuern ungleichmäßig vertheilt sind. So wäre eine percentage Erhöhung der Steuern ungerecht und unzweckmäßig gewesen, es muß darum die Abgabe vom Vermögen am zweckmäßigsten erscheinen. In dieser Beziehung mußten auch die Bedenken gegen die Möglichkeit dieser Steuerlast schwinden, weil sie eben nur die Begüterten treffen sollte.

Spricht man von den drückenden Steuern, so muß man bedenken, daß, wie ich schon einmal erwähnt, die Steuerrückstände immer abnehmen und was die Grundsteuer anbelangt, so hat die enorme Steigerung der Preise der Lebensmittel die Steuerkraft der Grundbesitzer erhöht.

Was nun das Deficit betrifft, so muß man bei Bestimmung desselben sich weder durch Sympathie, noch durch Antipathie leiten lassen.

Gewiß ist, daß durch Annahme der Regierungsvorlagen das Deficit gedeckt würde, um so mehr, da bei Militärausgaben sich immer noch etwas wird sparen lassen.

Man hat mir eine zu niedrige Fixirung der Valuta vorgeworfen; der Wechsel des Agio ist allerdings vorhanden, allein im allgemeinen wird das angeführte Ersparniß nicht zu gering sein. Zuerst muß die Ordnung der Finanzverhältnisse hergestellt sein, denn es war früher falsch, zuerst immer die Valuta herstellen zu wollen.

Bei der zweckmäßigen Reform der Steuergesgebung würde gewiß nach drei Jahren, wenn nicht besondere Umstände eintreten, der Staatshaushalt geordnet sein.

Geht man wie die Majorität von anderen Anschauungen aus, dann muß man natürlich zu anderen Schlüssen gelangen, die aber falsch sind.

Ich wiederhole, der Abstrich der Majorität ist viel zu bedeutend, von der Vermögenssteuer kann die Regierung nicht freudig abgehen, weil sie dieselbe für gut hält, wenn aber die Majorität dieselbe ablehnt, wird die Regierung dieselbe ablehnen und an die Steuerreform denken, die aber die sorgfältigste Ueber-



legung fordert. Die Vorlagen über Steuerreform werden zu Beginn des Herbstes eingebracht werden. (Bravo.)

**Fürst Auerperg:** Als ich das erstemal sprach, betonte ich, daß die Leistungsfähigkeit des Staates aufrecht erhalten werden müsse. Die Frage ist eine ernste, es fragt sich, ob die im guten Glauben waren, die Existenzfähigkeit Oesterreichs nicht anzweifeln.

Die Regierung ist sich bewußt, ihre Kräfte aufgeben zu haben; aus der Einseitigkeit der Maßregeln erwächst ein Act der Willkür. Die Majorität hat eine allseitige Steuerheranziehung nicht gebilligt, darnach muß die Regierung entschieden gegen die Majorität Front machen, und für ihre Vorlage, resp. die Minorität, die sich der Regierung am meisten nähert, das Wort ergreifen. Oesterreichs wohlbewährter Ruf darf nie geschädigt werden, dem Sirenenrufe darf man keine Folge leisten; erhalten Sie die Ehre Oesterreichs!

Es wird zur Specialdebatte geschritten.

Zuerst kommt in Verhandlung das Gesetz über die Umwandlung der verschiedenen Schuldtitel der bisherigen allgemeinen Staatsschuld.

Von der Verlesung beider Berichte wurde Umgang genommen.

Als Redner haben sich eintragen lassen gegen die Minorität: **Wenzyl, Krzeczunowicz, Wolfrum;**

für dieselbe: **Ryger.**

**Wenzyl** stellt nach längerer Rede einen Vertagungsantrag.

**Abg. Wolfrum** schließt sich den Anschauungen des Finanzministers an, stimmt aber trotzdem der Minorität bei, weil die Berechnung derselben für richtig anerkannt werden muß. Man streitet sich um die Höhe des Deficits, nimmt man unser Budget für richtig an, dann kann die Höhe nicht mehr streitig sein.

Soll den Staatsgläubigern dadurch Sicherheit gegeben werden, daß ihnen mehr abgezogen wird? Die Herren Vorredner erklären diesen Abstrich als eine volkswirtschaftliche Maßregel. Der Herr Abgeordnete aus Mähren hat uns auch das Finanzpatent vom Jahre 1811 vorgeführt, und vielleicht hält er auch dieses für eine volkswirtschaftliche Maßregel. Nun, meine Herren, eine volkswirtschaftliche Maßregel ist unser Urtheil längst gefällt, es bildet eines der düstersten Blätter in der Geschichte Oesterreichs. Sollen wir das Unheil neuerdings auf uns herabziehen? Wir müssen bedenken, daß der größte Theil der Staatspapiere in Händen der cisleithanischen Reichshälfte sich befindet und daß wir ein Einkommen von sechs bis neun Millionen vernichten würden. Es lassen sich nur die Anträge der Minorität auf Grund bestehender Gesetze rechtfertigen. Es handelt sich um die Ehre Oesterreichs, diese aufrecht zu erhalten muß unser Bestreben sein. (Bravo!)

**Ministerpräsident Auerperg:** Es ist gesagt worden, die Erklärungen der Regierung seien nicht klar. Ich halte mich daher für verpflichtet zu erklären, daß, wenn die Majoritäts-Anträge zum Beschlusse erhoben werden sollten, die gegenwärtige Regierung dieselben nicht zur Ausführung bringen werde. (Bravo!)

Es wird hierauf zur Abstimmung über den Antrag des Abg. **Krzeczunowicz** auf Zurückweisung an den Ausschuss geschritten. Derselbe wird abgelehnt. Dafür erheben sich nur die Polen. Es wird demnach zur Specialdebatte geschritten.

Zu § 1 (Conversion), ergreift das Wort zunächst **Abg. Lippmann.** Er beantragt, dieser Paragraph habe in klarer Fassung folgendermaßen zu lauten:

„Sämmtliche Gattungen der fundirten allgemeinen Staatsschuld mit alleiniger Ausnahme der in § 2 dieses Gesetzes aufgeführten, werden in eine fünfprocentige einheitliche Schuld umgewandelt, die mit einer Steuer von 16 Percent, die nicht erhöht werden darf, belastet wird. (Zahlreich von der Linken und von dem Centrum unterstützt.) **Abg. Ryger** beantragt § 1 nach dem Antrag der Minorität habe statt . . . werden in eine nicht rückzahlbare, keinem Steuerabzuge unterliegende 4procentige Schuld umgewandelt, zu lauten: werden in eine nicht rückzahlbare, nach Abzug der hierauf umgelegten Einkommensteuer mit reinen vier Percent verzinsliche Schuld umgewandelt. Dieser Antrag dürfte auch der Auffassung der Regierung, welche das Steuerrecht so sehr hervorhebt, vollkommen entsprechen. Sollte daher dieser Antrag nicht angenommen werden, so stelle er den Antrag: es haben im § 1 nach der Fassung der Minorität die Worte zu entfallen: „einer fixen, nicht veränderlichen (Steuer).“

Beide Anträge werden durch einige Abg. im rechten Centrum unterstützt.

**Abg. Schindler.** Wenn die Regierung bereits früher so klare Erklärungen abgegeben hätte, so hätten auch die Verhandlungen einen andern Verlauf genommen. Er leiste daher nun auch Verzicht, für die Anträge der Minorität einzustehen. Für ein Pfand der Zukunft halte er es aber, daß die Regierung für den Fall der Annahme der Minoritätsanträge versprochen habe, umfassende Steuervorlagen vor das Haus zu bringen. Es ist auch endlich höchste Zeit, daß mit der Steuerreform erst vorgegangen werde, denn es ist seit Jahrzehnten mit dieser Frage mehr gespielt als Ernst gemacht

worden. Redner constatirt schließlich mit Vergnügen die glückliche Wendung der Dinge und, daß die giftigen Voraussetzungen unserer Gegner, daß die Finanzvorlagen zum Zwiespalte zwischen uns und unserer Regierung führen dürften, zu Schanden gebracht worden sind. Nachdem sich sonst niemand zum Worte gemeldet, erhalten das Schlusswort die beiden Berichterstatter.

**Abg. Vanhans** erklärt sich mit dem Amendement des Abg. **Lippmann** einverstanden und beantragt namentliche Abstimmung.

**Berichterstatter der Majorität Abg. Skene** beantragt, um sich nach den vom Ministerium abgegebenen Erklärungen mit dem Ausschuss berathen zu können, die Sitzung zu schließen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Er hält hierauf mit kurzen Worten die Majoritätsanträge aufrecht. Es wird zur Abstimmung geschritten.

**Abg. Petrino** beantragt auch über den Antrag des Abg. **Ryger** namentlich abzustimmen. (Angenommen.) Zuerst gelangt der Antrag der Majorität zur Abstimmung. Derselbe wird mit 113 gegen 46 Stimmen (Polen) abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

**Barewicz, Baworowski, Chrzanowski, Ciensti, Czajkowski, Dittrich Anton, Dubelski, Fihauer, Giovanelli, Golejewski, Greuter, Groß (Salizien), Guzaiewicz, Haniach, Horodyski, Jäger, Jakobit, Kinsch, Koforowa, Korb-Weidenheim, Krzeczunowicz, Laz, London, Manastyrski, Maher, Mertlisch, Morgenstern, Pfeiffer, Polanowski, Polanski, Potocki, Rogawski, Ryger, Samczynski, Skene, Tarnowski, Tomus, Wahl, Wezyl, Wichoff, Wodzicki Heinrich, Wodzicki Ludwig, Wyrobeck, Zychowski, Ziemiakowski, Zibickiewicz.**

Mit Nein stimmten:

**Attems, Bachofen, Bajamonti, Vanhans, Barbo, Waxenstein, Beeß, Berchem-Haimhausen, Berger, Beust, Brestel, Cerne, Colombani, Conti, Coronini, Daubek, Dehne, Desfours-Walderode, Dietrich Carl, Dinsl, Eichhoff, Figuly, Froschauer, Giska, Groß (Wels), Groß (Reichenberg), Gschnitzer, Gaffner, Herbst, Herrmann, Formuzaki, Jechernigg, Kaiser, Kardasch, Kiemann, Kler, Klun, Knezewicz, Kog Christlan, Kog Ferdinand, Kremer, Kuenburg, Kubeck, Kuranda, Kahner, Kapenna, Kasper, Keeder, Kencel, Leonardi, Limbeck, Lipold, Lippmann, Ljubisa, Lohninger, Lumbe, Mandelblüh, Mende, Müller, Pajer, Pauer Bernhart, Pauer Johann Paul, Petrino, Pillersdorf, Pinter, Planer, Plankenstein, Plener, Poche, Pockjaller, Prato, Prato-bevera, Prokopowicz, Proskowetz, Rechbauer, Roser, Salm-Reifferscheid, Schindler, Schlegel, Schloßer, Schneider, Schubert, Schürzer, Serinzi, Seiffert, Seiffertig, Simonovic, Stamm, Steffens, Strieger, Straß, Steer, Sturm, Svetec, Taaffe, Thun-Hohenstein, Tinti, Toman, Tomanek, Tschabuschnigg, Tunner, Victorin, Vidulich, Brints, Waser, Weiss, Widmann, Winterstein, Wolf, Wolfrum, Zallner, Zedtwitz, Zeidler.**

Die Abg. **Hopfen** und **Dr. Berger** erklärten bei Aufruf ihres Namens: „Ich stimme nicht.“

Der nächste Antrag, über welchen nun abgestimmt wird, ist der Antrag des Abg. **Ryger** auf Umwandlung in eine nicht rückzahlbare, nach Abzug der hierauf umgelegten Einkommensteuer, mit reinen 4 pCt. verzinsliche Schuld. Auch dieser Antrag wird mit 100 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Minorität wird hierauf mit dem Amendement des Abg. **Lippmann** mit großer Majorität angenommen. Dagegen stimmen nur die Polen und einige Abgeordneten im Centrum.

Die Sitzung wird hierauf um halb vier Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Abends halb 7 Uhr.

## 124. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

vom 6. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister **Dr. Berger, Dr. Brestel, Dr. Herbst, Dr. Giska, v. Plener.**

Die Sitzung wird Abends 18 Uhr von dem Präsidenten **v. Kaiserfeld** eröffnet.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung wird zur Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über das Gesetz, betreffend die Unification der Staatsschuld, geschritten.

Der Berichterstatter der Majorität **Abg. Skene** meint, daß nachdem der Antrag der Majorität gefallen, er die Berichterstattung nicht fortführen könne. (Unruhe.)

Der Präsident fordert daher den Berichterstatter der Minorität **Abg. Vanhans** auf, die Berichterstattung zu übernehmen.

Dieser nimmt hierauf den Referentensitz ein und verliest die §§. 2 und 3 des Gesetzes. Es meldet sich zum Worte:

**Abg. Rechbauer:** Im § 2 und 3 wurden die während der Sistierungsperiode contrahirten Anleihen mit einem niedrigeren Betrage besteuert, als die übrigen Papiere. Er habe bereits seinen Standpunkt in dieser Beziehung entwickelt, es müsse einer künftigen Regierung, die etwa wieder Anleihen ohne Genehmigung der Volksvertretung aufnehmen wollte, die Lust hiezu ge-

nommen werden, und es müsse dem Auslande gegenüber erklärt werden, daß wir nur aus politischen Opportunitätsgründen die damals aufgenommenen Anleihen anerkennen. Er sehe auch keinen Grund ein, warum das Darlehen der Bodencreditanstalt gar nicht und das 1865er Anleihen in einem höheren Maße in die Convertirung einbezogen wurde.

Er beantragt folgende Resolution: Indem das Abgeordnetenhaus über die Convertirung der Staatsschuld Beschluß faßt, erklärt dasselbe, daß es eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von Staatsschulden, welche ohne verfassungsmäßige Zustimmung der Volksvertretung contrahirt wurden, für nicht begründet erachte, sondern nur aus höheren politischen Rücksichten die Zahlung derselben in dem Maße, als sie von den hier vertretenen Ländern bisher factisch geleistet wurde, anerkennt, durch diese Anerkennung keineswegs aber die Ertheilung oder Verweigerung der Indemnität für derlei Anleihen präjudicire. (Unterstützt.)

**Finanzminister Brestel:** Das Darlehen der Bodencreditanstalt sei deshalb nicht eingestellt worden, weil dieses nur den Charakter eines Hypothekendarlehens habe. Es sei eben vom Staate nicht als Staat, sondern wie von einem Privaten aufgenommen worden.

Was das 1865er Darlehen betrifft, so ist dieses deshalb in einem höheren Betrage eingestellt worden, weil hier die Art der Rückzahlung, die Verlosung nämlich, in Betracht gezogen werden mußte.

Der Vortheil, den hier die Gläubiger verlieren, mußte ihnen durch eine Erhöhung des Capitals ersetzt werden.

**Abg. Rechbauer** erklärt, nach diesen Aufklärungen keinen weiteren Antrag mehr stellen zu wollen.

**Abg. Skene:** Der Finanzanschuß hat sich mit der vom Abg. Rechbauer angeregten Frage eingehend beschäftigt und ich war beauftragt worden, einen Bericht über die Finanzlage des Reiches zu liefern, aber ich glaube, daß wir jetzt nicht mehr competent zur Entscheidung dieser Frage sind.

**Abg. Winterstein** als Obmann des Finanzausschusses meint, daß hier nicht der geeignete Ort sei, diese wichtige Frage nur so nebenbei zu besprechen.

Die Debatte über die §§ 2 und 3 wird hierauf geschlossen.

Nachdem sich auch Berichterstatter **Vanhans** mit der von Abg. Rechbauer beantragten Resolution einverstanden erklärt, wird diese und dann auch die §§ 2 und 3 unverändert angenommen.

Zu § 4 (Abzug von 20 Percent der Coupons) ergreift das Wort

**Abg. Klier** und beantragt: Es werde die Regierung aufgefordert, das Geeignete zu veranlassen, daß eine Ergänzung der beschlossenen Abzüge an den Zinsen der Coupons der Staatspapiere den Witwen und Waisen, und dann bei den in Staatspapieren erliegenden Militär-Heirats-Cautionen gewährt werde.

**Abg. Keeder** unterstützt diesen Antrag.

**Minister Brestel** erklärt diesen Gegenstand als nebenächlich, der einer speciellen Verfügung überlassen werden könne.

Hierauf wird der § 4 unverändert angenommen, der Antrag des Abg. **Klier** aber abgelehnt.

Bei § 5 beantragt **Abg. Groß** der bloßen Deutlichkeit halber die Worte aufzunehmen: Die vom Tage der Wirksamkeit des Gesetzes fällig werdenden Zinsen.

§ 5 wird mit diesem Amendement des Abg. **Groß** angenommen.

Die §§ 6—7 und der Titel des Gesetzes wurden ohne Debatte angenommen und dann das ganze Gesetz sogleich in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Der Präsident beantragt, die Sitzung zu schließen (angenommen), und ersucht den Obmann des Budgetausschusses, das unerledigt gebliebene Finanzgesetz nach den heutigen Beschlüssen zu ergänzen.

**Abg. Winterstein** hält es für nothwendig, sich diesfalls erst mit dem Finanzminister ins Einvernehmen zu setzen.

Der Präsident ersucht ferner den Budgetausschuß, ihm, nachdem der Berichterstatter sonderbarer Weise, weil sein Antrag gefallen, auch die weitere Berichterstattung über die andern, mit dem abgelehnten Antrage in keinem Bezug stehenden Gesetze abgelehnt, vor Beginn der nächsten Sitzung einen anderen Berichterstatter namhaft zu machen.

Schluß der Sitzung halb 9 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag.

## Tagesneuigkeiten.

— (Berichtigung.) Die Nachricht, daß „ein dem Präsidenten der Republik Mexico, Juarez, für die Auslieferung der sterblichen Ueberreste während Sr. Majestät des Kaisers Maximilian von der kaiserlichen Familie zugedachtes werthvolles silbernes Tafelservice soeben nach Mexico abgesendet worden sei“, hat die „östr. Corr.“ als eine Fiktion zurückzuweisen.

— (Ehrenbürger.) Auf Grund eines älteren Beschlusses haben sich die sämmtlichen Gemeinden des Tannwaldes Bzirks dahin geeinigt, den Ministern von **Beust, Giska** und **Herbst** das Ehrenbürgerrecht zu ertheilen. Kürzlich



